



Antrag

**an die 176. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 10. Mai 2019**

Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Tiroler Bevölkerung

Die Firma EPIG GmbH - Entwicklungs- und Planungsinstitut für Gesundheit hat, wie bereits für das Land Steiermark, nunmehr auch für das Land Tirol, den Regionalen Strukturplan Gesundheit 2025 (RSG) erstellt. Auf Grund des erstellten RSG Tirol 2025 wurde eine Diskussion über die Verteilung bzw. Umverteilung der Krankenhausbetten und Versorgungsschwerpunkte in Tirol entfacht, zumal bereits zu einem Zeitpunkt von Zusperrern von Abteilungen oder Krankenhäusern gesprochen wurde, ohne, dass die von den betroffenen Geschäftsführern durchzuführenden Machbarkeitsstudien vorgelegen sind und die Betriebsräte vorher informiert wurden. Diese Vorgehensweise führt nicht nur zu einer Verunsicherung der Tiroler Bevölkerung und der Angst des Gesundheitspersonals vor Verlust des Arbeitsplatzes, sondern erschwert darüber hinaus die Neurekrutierung dringend benötigten Fachpersonals.

Die Berechnung des angenommenen zukünftigen Bedarfs, entsprechend des RSG 2025, erfolgte durch Biostatistiker rein anhand rechnerisch ermittelter Werte. Es ist deshalb davon auszugehen, dass tatsächliche lokale Gegebenheiten in dieser Berechnung nicht in solch ausreichender Weise berücksichtigt wurden, damit die Gesundheitsversorgung der Tiroler Bevölkerung weiterhin in ausreichendem Maße gewährleistet werden kann, da die für die Umsetzung des RSG Tirol notwendige Entlastungsmaßnahmen, wie etwa die Errichtung von Primärversorgungszentren, Erstversorgungseinrichtungen oder Übergangspflege noch nicht umgesetzt wurden. Dass über eine Schließung der Abteilung für Kinder- und Jugendheilkunde am BKH St. Johann nachgedacht wird, zeigt überdeutlich, dass die Erstellung des RSG Tirol 2025 nur anhand von zur Verfügung stehenden Zahlenmaterials erfolgte. Die bereits bestehende Problematik einer massiven medizinischen Unterversorgung für Kinder und Jugendliche im Bezirk Kitzbühel, wurde nicht berücksichtigt.

Gesundheit ist volkswirtschaftlich eines der höchsten Güter. So hat eine speziell auf die EU-Länder ausgerichtete Studie 2005 festgestellt, dass ein hohes Gesundheitsniveau auch mit verschiedenen wirtschaftlichen Erfolgsindikatoren verbunden ist. Es ist deshalb wichtig, nicht nur Ökonomen entscheiden zu lassen, sondern neben einem Gesamtblick auf die Gesundheitsversorgung Tirols zu werfen und auch die betroffenen Geschäftsführer sowie Betriebsräte in den Entscheidungsprozess einzubinden.

Die 176. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert den Tiroler Landtag und die Landesregierung deshalb, im Sinne einer ausreichenden Gesundheitsversorgung der Tiroler Bevölkerung, auf:

1. die Mindeststandards der medizinischen, pflegerischen Versorgung öffentlich zu diskutieren und festzulegen,
2. den Betreuungsschlüssel für Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungseinrichtungen in Tirol endlich festzulegen sowie
3. sich öffentlich zu einer patientenorientierten Versorgung, Behandlung und Betreuung zu bekennen.

